

Datum
11.04.2012

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)
2012/6337

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bau- und Verkehrsausschuss	03.05.2012	Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	08.05.2012	Kenntnisnahme
Rat der Stadt	15.05.2012	Kenntnisnahme

Betreff

Übernahme der Dienstleistung "abwehrender Brandschutz" durch die Stadt Bottrop für die "ArcelorMittal Bottrop GmbH"

Beschlussvorschlag

Die beabsichtigte Übernahme der Dienstleistung „abwehrender Brandschutz“ durch die Stadt Bottrop für die ehemalige Kokerei Proper (heute: Fa. ArcelorMittal Bottrop GmbH) auf der Grundlage eines entsprechend abzuschließenden Vertrages wird zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen

Diese werden in der gesonderten Vorlage für den nicht-öffentlichen Teil der heutigen Sitzung des Rates im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Abschluss des Vertrages dargestellt.

Problembeschreibung / Begründung

Im Jahr 2011 hat die ArcelorMittal Bremen GmbH die Kokerei Prosper in Bottrop erworben.

- Seit 2001 gehörte ArcelorMittal Bremen zum Arcelor Konzern. Arcelor entstand durch den Zusammenschluss von ARBED, Aceralia und Usinor. Mittal Steel gründete sich in 2004 durch die LNM Holdings und ISPAT International. Beide Konzerne fusionierten in 2006 zum ArcelorMittal Konzern. Der Hauptsitz befindet sich in Luxemburg-Stadt.
- Mit 282.000 Mitarbeitern in 60 Werken in 27 Ländern ist ArcelorMittal der größte Stahlkonzern weltweit. Produziert wird für die Automobil- und Bauindustrie, den Verpackungsmarkt, den Maschinenbau und für die Haushaltsgeräteindustrie.

Die ehemalige Kokerei Prosper wird seit ca. Mitte 2011 unter der Firma „ArcelorMittal Bottrop GmbH“ geführt.

- ArcelorMittal Bottrop erzeugt 2 Mio t Koks pro Jahr. Koks, Gas und hochwertige Kohlenwertstoffe sind die Produkte der Kokerei.
- In insgesamt 146 Koksöfen wird Kohle unter Luftabschluss über circa 24 Stunden bis auf 1.100° Celsius erhitzt. So entstehen, bezogen auf die tägliche Einsatzmenge von circa 7.500 t Kohle, rund 75 Prozent Koks und 25 Prozent Gas- und Kohlenwertstoffe.
- Der Koks wird nach dem Abkühlen und Absieben an die Hochöfen bei ArcelorMittal Bremen geliefert.
- Rund 45 Prozent des Gases benötigt die Kokerei für die Beheizung der Koksöfen und für sonstigem Eigenverbrauch. Die Restmenge wird nach Feinreinigung und Kompression weiter verkauft.

Mit dem Eigentümerwechsel im Jahr 2011 ist die ehemalige Kokerei Prosper in Bezug auf die behördliche Aufsicht vom (bundesrechtlichen) Bergrecht in den Geltungsbereich des (landesrechtlichen) Feuerschutz- und Hilfesetzes NW (FSHG) übergegangen.

Die Auflagen für die betriebliche Gefahrenabwehr wurden dadurch signifikant erhöht. An und für sich wäre die neue Betreiberin nunmehr rechtlich gehalten, eine Werkfeuerwehr neu einzurichten und diese dann auch dauerhaft zu betreiben. Daran hat die Betreiberin aus einer Vielzahl von Gründen jedoch kein Interesse.

Die Stadt Bottrop jedoch hat ihrerseits ganz erhebliches Interesse, den abwehrenden Brandschutz für die ehemalige Kokerei Prosper selbst zu übernehmen.

Anhand der daraus resultierenden Betrachtungen insgesamt wurde in zahlreichen Gesprächen und Verhandlungen eine Kooperation für den Bereich des abwehrenden Brandschutzes zwischen der neuen Betreiberin und der Stadt Bottrop als eine für beide Seiten brandschutztechnisch, organisatorisch und wirtschaftlich sinnvolle und äußerst vorteilhafte Lösung angesehen und entsprechend gestaltet.

Hierzu wurde durch ArcelorMittal Bottrop und die Verwaltung der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu beratende im Entwurf beigefügte Vertrag erarbeitet, der beiden Seiten die entsprechenden Rechte und Pflichten zuweist.

Darin werden alle mit der Durchführung des Vertrages ursächlich im Zusammenhang stehenden Mehrkosten, die bei der Stadt Bottrop durch die Übernahme des Brandschutzzieles entstehen, durch die Betreiberin übernommen.

Am 04.11.2008 und am 26.01.2011 fanden durch die Bezirksregierung Arnsberg (damalige Bergaufsicht) nicht angekündigte Überprüfungen der Gefahrenabwehr auf dem Gelände der Kokerei Prosper in Bottrop statt. Dabei hat sich u. a. gezeigt, dass durch die nebenberuflich aufgestellte Gasschutzwehr der seinerzeitigen Kokerei die erforderlichen Maßnahmen der Gefahrenabwehr weder personell, taktisch oder technisch vollständig ausgefüllt werden können. Aus diesem Grund unterstützt die Feuerwehr der Stadt Bottrop die Gasschutzwehr grundsätzlich und nicht erst wenn eine Gefährdung außerhalb der Werksgrenze zu befürchten ist.

Aufgrund des Gefahrenpotentials im Bereich der Kokerei mit großen Mengen brennbarer, giftiger und ätzender Stoffe ist davon auszugehen, dass abweichend vom Personalbedarf bei der Brandbekämpfung in Wohngebäuden parallel zur Menschenrettung mit der Brandbekämpfung bzw. Kühlung und der Eingrenzung von Gefahrstoffaustritten begonnen werden muss.

Die sofortige Bereitstellung der erforderlichen Technik und der notwendigen Funktionen kann jedoch mit dem aktuell vorhandenen Personal im Alarmdienst der Feuerwehr Bottrop nicht sichergestellt werden.

Zudem wird das *Schutzziel 2 des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Bottrop*,

also das Eintreffen von 6 Funktionen mit einer Eintreffzeit von 13 Minuten am Einsatzort,

an der Kokerei nicht erreicht. Hieraus ergibt sich ein Mehrbedarf an Personal, Qualifikation und technischer Ausstattung für die Feuerwehr Bottrop auch im Hinblick auf § 1 FSHG.

Aufgrund der Größe und Komplexität des Objektes, insbesondere in Hinblick auf die veränderte Rechtsstellung der Kokerei (vom Bergrecht zum Feuerschutzrecht) nach dem Eigentümerwechsel zu ArcelorMittal, wurde dieser Mehrbedarf nach Prüfung der konkreten Gegebenheiten genau beziffert.

Zuerst wurde die externe Vorhaltung des erforderlichen Personals geprüft. Im Ergebnis ist diese Variante jedoch sowohl für die Betreiberin der Kokerei als auch für die Stadt Bottrop nachteilig:

- Der finanzielle Aufwand für die Einrichtung einer Werkfeuerwehr wäre erheblich größer, da hierfür ein höherer Stellenaufwand entstünde. Auch seitens der Stadt Bottrop besteht aus Aspekten der Stärkung des Wirtschaftsstandortes und des Erhalts einer erheblichen Anzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ein vitales Interesse an einer wirtschaftlich günstigen Variante für die Betreiberin.
- Bei Vorhandensein einer Werkfeuerwehr endet die Zuständigkeit der öffentlichen Feuerwehr an der Werksgrenze. Bei Schadenereignissen wird die öffentliche Feuerwehr erst dazugerufen, wenn das Ereignis die Werksgrenze optisch oder mit akuter Gefährdung verlässt. Aufgrund der Medienwirksamkeit wird die öffentliche Feuerwehr nur hinzugerufen, wenn es absolut notwendig ist. Entsprechend werden nur konkrete Gefährdungen in einem fortgeschrittenen Stadium gemeldet.

Im zweiten Schritt wurde betrachtet, welche Vorteile sich für die Stadt Bottrop ergeben könnten:

- Mit der Übernahme des abwehrenden Brandschutzes durch die Stadt Bottrop ergeben sich **qualitativ signifikant höhere Standards**, die auch der Sicherheit der Bevölkerung insgesamt und nicht nur dem Brandschutzziel „abwehrender Brandschutz an der ehemaligen Kokerei“ zugute kommen.
- Eine Schutzzielbetrachtung ergab, dass die **Wachstärke täglich über 24 Stunden und dies an 365 Tagen im Jahr um vier Funktionen erhöht** werden muss. Multipliziert mit dem gültigen Personalfaktor ergeben sich daraus 17,2 Planstellen.
- Diese erhöhte Wachstärke bei der Berufsfeuerwehr führt zu mehreren **Effekten im täglichen Dienstbetrieb**:
 - So steht dem Amt 37 **mehr Arbeitsdienstzeit zur Verfügung**. Diese wird genutzt zur Verwaltung der 17 neuen Feuerwehrbeamten, zur Ausbildung aller Feuerwehrmänner im Bereich der Industriebrandbekämpfung und den speziellen Gefahren der Kokerei sowie zur kontinuierlichen Aufgabenwahrnehmung in den Werkstätten der Berufsfeuerwehr.
 - Weiterhin kann durch die erhöhte Wachstärke der **Ausbildungsbetrieb im Dienst in kleineren Gruppen kontinuierlicher ohne Unterbrechung durch Kleineinsätze** durchgeführt werden.
 - Die verbesserten Ausbildungsmöglichkeiten, die wegen der Kokerei geschaffen werden müssen, **erhöhen die Qualität der Feuerwehr Bottrop**, ohne dafür die auf dem freien Markt üblichen Kosten für externe Lehrgänge aufbringen zu müssen.
 - Die generelle Erhöhung der Personalstärke der Berufsfeuerwehr schafft **neue Möglichkeiten der Einbindung von Freizeitkräften bei höheren Alarmstufen**, sowie eine **Entlastung des einzelnen Feuerwehrbeamten im Rettungsdienst** und somit eine **aktive Förderung des Gesundheitsschutzes**.

Nach dieser ersten Einschätzung zugunsten einer Beteiligung der Stadt Bottrop wurde die Kommunalaufsicht angefragt, unter welchen Bedingungen eine Übernahme des abwehrenden Brandschutzes als Dienstleistung geduldet würde.

Eine „mindestens kostendeckende“ Rechnung für Personal und Gerätschaften wurde durch die Bezirksregierung Münster insoweit gefordert und ist nach den angestrebten vertraglichen Vereinbarungen auch sichergestellt.

Die Personalkosten inkl. Overheadkosten sowie die Sachkosten werden gedeckt:

- Nach dem Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) ist ein Funktionsvorbehalt geregelt. Dieser bedeutet, dass ausschließlich der Einsatz von (feuerwehrtechnischen) Beamten zulässig ist.
- Die Personalkosten für insgesamt 17 (rechnerisch 17,2) Beamte im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst sind nach den Werten des KGSt-Gutachtens „Kosten eines Arbeitsplatzes“ ermittelt und werden vom Vertragspartner in dieser Höhe akzeptiert. Hierin enthalten sind auch Aufwendungen für Beihilfen und für Pensionsrückstellungen. Die auf Durchschnittswerten der Stadt Köln basierenden

Werte sind auch für die Stadt Bottrop auskömmlich.

- Eine Dynamisierung der Personalaufwendungen wird vertraglich vereinbart. Anpassungen sind auch für den Fall gesetzlicher Änderungen, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitszeit der Feuerwehrbeamten, vorgesehen.
- Die Personalkosten nach den KGSt-Tabellen sind zudem um 10 % für Verwaltungsgemeinkosten und um weitere 10 % für amtsinterne Overheadkosten erhöht worden. Diesen möglichen Erträgen stehen zwar auch Aufwendungen gegenüber, in der Praxis jedoch werden sich beide Kostenblöcke nicht erhöhen.
- Die Personal- und Sachkosten für die Ausbildung und für einen künftig fällig werdenden Personalnachersatz sind ebenfalls kalkuliert und berücksichtigt.
- Das „Beschäftigungsrisiko“ der Stadt Bottrop, insbesondere durch den Einsatz von Beamten, soll minimiert werden, indem der Vertrag unbefristet abgeschlossen wird.
- Weiterhin ist bei Kündigung eine Zahlung vorgesehen, um die Personalkosten für das zu dem Kündigungszeitraum evtl. überzählige Personal bis zum Abbau im Wege der Altersfluktuation zu decken.
- Für den Fall einer Insolvenz der Vertragspartnerin ist eine Konzernbürgschaft vorgesehen, die in Höhe des ggf. überzähligen Personaleinsatzes kalkuliert ist.
- Die Sachkosten für die Unterbringung sowie Ausrüstung der zusätzlichen 17 Feuerwehrbeamten sind in der Sachkostenpauschale enthalten. Die Höhe wurde durch die ZGW sowie das Amt 37 geprüft und mit 10% für auskömmlich berechnet.
- Grundsätzlich wird die Stadt Bottrop wegen der Übernahme des neuen Schutzzieles keine zusätzliche Brandschutztechnik beschaffen müssen. Es bedarf lediglich einer Ergänzung an Kommunikationstechnik für die neuen Funktionen sowie einer Veränderung bei der anstehenden Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeuges der Berufsfeuerwehr. Diese Kosten sind in den Sachkosten, die von ArcelorMittal übernommen werden, enthalten.
- Bereitstellung von Löschmitteln, Löschgerät, spezieller Schutzausrüstung sowie Messtechnik erfolgt auf dem Gelände der Kokerei durch die Betreiberin.

Nach der Ankündigung der Duldung durch die Kommunalaufsicht erteilte auch die Fachaufsicht der Bezirksregierung über die Feuerwehr ihre Zustimmung zu einem Umstellungskonzept, das bis zum 01.01.2014 in einzelnen Schritten die Übernahme des abwehrenden Brandschutzes beschreibt:

- Zunächst soll mit den vorhandenen Feuerwehrbeamten und mit fertig ausgebildeten Feuerwehrbeamten, die ggf. von extern einzustellen sind, ab dem 01.07.2012 die Hälfte der notwendigen Funktionen (zwei) sichergestellt werden. Dazu werden neun Feuerwehrbeamte benötigt. Die notwendigen Planstellen müssen eingerichtet werden.
- In 2012 wird mit der Erstellung eines neuen Brandschutzbedarfsplans begonnen, in dem das Sonderschutzziel „Kokerei ArcelorMittal – 16 Funktionen in 8 Minuten, weitere 27 Funktionen nach 30 Minuten, mit Erreichungsgrad von 90%“ enthalten ist.

- Ab dem 01.01.2014 stellt die Feuerwehr Bottrop mit zwei weiteren (dann insgesamt vier) zusätzlichen Funktionen das Sonderschutzziel der „Kokerei ArcelorMittal“ sicher. Die zusätzlichen acht Planstellen müssen eingerichtet werden.
- Noch in 2012 beginnt ein Feuerwehrgrundlehrgang (Fachbegriff B I) mit 17 - 18 Auszubildenden. Dieser sollte möglichst zur Mitte des Jahres starten, da sonst die Schlechtwettermonate der praktischen Ausbildung Schwierigkeiten machen. Ein separater Vertrag, der nur die Ausbildung in Dienstleistung für die RAG und die vollständige Kostenübernahme durch die RAG behandelt, wird parallel verhandelt.
- Bei der Kokerei muss aus dem vorhandenen Mitarbeiterstamm eine Löschmannschaft (Freiwillige Betriebsfeuerwehr) entsprechend der einschlägigen Feuerwehrdienstvorschriften ausgebildet werden. Dazu werden die vorhandenen Gasschutzwehrmitglieder in 2012 und 2013 fortgebildet.
- In 2012 und 2013 wird feuerwehrtechnisches Material durch ArcelorMittal auf dem Gelände der Kokerei für die Löschmannschaft der Kokerei und die Feuerwehr Bottrop bereitgestellt, werden Übungsanlagen erstellt und betriebliche Anlagen für die Feuerwehr ertüchtigt (Brandmelde- und Löschanlagen, Wasserentnahmestellen, etc.)
- In 2012 finden Multiplikatorenschulungen bei der Feuerwehr Bottrop für den Bereich der Industriebrandbekämpfung statt. Die Ausbildung der gesamten Feuerwehr schließt unmittelbar an.
- In 2013 muss das vorhandene Tanklöschfahrzeug der Berufsfeuerwehr durch ein Fahrzeug mit erweiterter Technik und Mannschaftskabine ersetzt werden. Die Zusatzkosten übernimmt ArcelorMittal.

Die Maßnahmen zur technischen Umsetzung des Konzeptes zum abwehrenden Brandschutz nehmen die Kokerei in die Pflicht. Allerdings wird dies an die vorhandene Technik der Feuerwehr Bottrop angepasst.

Die Kokerei wird nur mit der Umsetzung der technischen Maßnahmen beginnen, wenn die Zusammenarbeit beschlossen ist. Erst wenn Personal und Technik aufeinander abgestimmt sind, kann von einer gelungenen Kooperation gesprochen werden.

Kommt es nicht zum beabsichtigten Vertragsabschluss, muss die Bezirksregierung tätig werden und die Kokerei überprüfen sowie ggf. mit Auflagen belegen.

Der angestrebte Vertrag selbst ist dieser Vorlage nicht beigelegt, sondern u. a. wegen der darin enthaltenen schutzwürdigen Belange des Vertragspartners in nicht-öffentlicher Sitzung zu beraten und zu entscheiden.

Tischler

